

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Integrationsrat	28.11.2011

Sachstand zur Resolution des Integrationsrates bzw. Rates an die Bundesregierung zur Finanzierung und Durchführung von Integrationskursen

Der Integrationsrat hatte, auf der Grundlage des § 27, Abs. 8, Satz 2 in seiner Sitzung am 08.11.10 mehrheitlich beschlossen den Rat zu bitten eine Resolution an die Bundesregierung zur ‚Finanzierung und Durchführung von Integrationskursen für Migrantinnen und Migranten‘ zu verabschieden. Der Rat ist dem Vorschlag des Integrationsrates in seiner Sitzung am 14.12.2010 gefolgt und hat die im Beschlussvorschlag formulierte Resolution an die Bundesregierung unverändert mehrheitlich verabschiedet.

Inhaltlich am Resolutionstext orientiert, hat sich darauf hin Herr Oberbürgermeister Roters mit einem Schreiben an Frau Bundeskanzlerin Merkel gewandt. Das Antwortschreiben der Bundesregierung / des Bundesinnenministeriums (BMI) wurde auf Bitte des Integrationsrates an die Integrationsagenturen bzw. die Koordinatorinnen des ‚Netzwerkes Deutsch für Köln‘ (Zusammenschluss aller Weiterbildungsanbieter für Integrationskurse) zur Kommentierung weitergeleitet.

Das ‚Netzwerk Deutsch für Köln‘ teilt folgendes mit:

„Herzlichen Dank für die Anfrage an das ‚Netzwerk Deutsch für Köln‘ und die Initiative des Integrationsrates der Stadt Köln Ende letzten Jahres, auf das Schreiben an die Integrationssprachkursträger vom 17. Juli zu reagieren. Die Antwort im Auftrag der Bundeskanzlerin aus dem BMI haben wir sorgfältig gelesen.

Wie aus dem Schreiben an den Oberbürgermeister hervorgeht, ist die gravierende Benachteiligung von EU-Bürgern und Deutschen gegenüber Drittstaatlern zu Beginn dieses Jahres aufgehoben worden. Die Problematik rund um die Durchführung der Kinderbetreuung und die Integrationskurse mit Alphabetisierung bleibt bestehen.

Dennoch ist aus der Sicht des ‚Netzwerk Deutsch für Köln‘ die Kritik an den verschärften Durchführungsregelungen der Integrationskurse erschöpfend dargestellt worden, siehe unser Schreiben vom 07.09.2011.

Wir sehen zurzeit keinen Bedarf für eine weitere Stellungnahme.

Gerne kommen wir auf Ihre Unterstützung in Sachen Sprachförderung zurück. Möglicherweise wird dies schon bald im Zusammenhang mit den anstehenden Trägerlizenzierungen der Fall sein, die noch für Ende dieses Jahres geplant sind.“

gez. Reker